



Antrag

der Abgeordneten **Helga Schmitt-Bussinger, Harry Scheuenstuhl, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Horst Arnold, Stefan Schuster, Angelika Weikert, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen SPD**

Erweiterung der Hochschule Ansbach

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung unterstützt die Pläne zur Erweiterung der Hochschule Ansbach auf den Flächen der „Barton Barracks“, die unter dem Namen „Campus Zukunft“ vorgestellt wurden.

Zudem berichtet die Staatsregierung im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst mündlich und schriftlich über die Erweiterungspläne der Hochschule Ansbach und geht dabei insbesondere auf folgende Fragen ein:

1. Wie ist die derzeitige Situation der Hochschule Ansbach insbesondere im Hinblick auf Studierendenzahlen, Beschäftigte, Raumangebot?
2. Wie soll die geplante Erweiterung im Bereich Digitaler Medien inhaltlich, räumlich und zeitlich aussehen?
3. Wie bewertet die Staatsregierung das Ansinnen der Hochschule?
4. Wie bewertet die Staatsregierung die Position von Staatsminister Joachim Herrmann, dass eine Nutzung der Flächen der ehem. „Barton Barracks“ als nicht notwendig erachtet wird?
5. Wie bewertet die Staatsregierung den Wunsch von Hochschule und Stadt Ansbach, Flächen der ehem. „Barton Barracks“ für einen Ausbau der Hochschule zu nutzen?

Begründung:

Die Hochschule Ansbach ist – obschon noch eine relativ junge Einrichtung – wichtiger Bestandteil der mittelfränkischen Hochschullandschaft und insbesondere für Westmittelfranken. Die große Attraktivität der Hochschule und ihrer Studieninhalte, insbesondere Digitale Medien, führt derzeit dazu, dass es fast zehn Mal so viele Studienanmeldungen gibt als die Hochschule aufnehmen kann. Diese positive Entwicklung darf nicht klein gehalten, sondern im Gegenteil, muss gefördert werden. Eine einmalige Chance bietet dabei eine Erweiterung auf dem Gelände der „Barton Barracks“ der US-Streitkräfte, die voraussichtlich bis 2021 abgezogen sein werden. Nicht erst zu diesem Zeitpunkt, sondern bereits jetzt müssen Vorbereitungen für eine Erweiterung dort getroffen werden. Parteiübergreifend und auf verschiedenen politischen Ebenen herrscht Zustimmung für das in diesem Zusammenhang von der Hochschule vorgelegte Konzept „Campus Zukunft“. Auch die Staatsregierung darf sich deshalb nicht auf eine Erweiterung auf dem jetzigen Ansbacher Areal oder bestehenden Gebäuden begnügen, sondern soll und muss der Hochschule Ansbach die Möglichkeit geben, langfristig zukunftsfähig wachsen und somit ihr Potenzial voll ausschöpfen zu können.